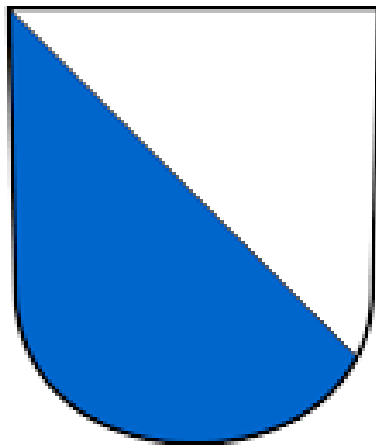


Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik

Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen



2. Hälfte August 2022

16. August

Die kantonal-Zürcher Fachstelle für Kultur hat während der Pandemie die kulturell wertvollen Art-house-Kinos finanziell unterstützt, nicht aber die kommerziellen Mainstream-Kinos, die den sogenannten Massengeschmack und das Unterhaltungsbedürfnis eines breiten Publikums befriedigen. Zwei Kinos aus dem Bereich des Massengeschmackes haben gegen diese Benachteiligung Einspruch erhoben und jetzt vor dem Verwaltungsgericht teilweise Recht erhalten. Die Unterscheidung Arthouse-Kino gegen Mainstream-Kino ist rechtlich nicht haltbar, findet das Verwaltungsgericht. Ob der Kanton diesen Entscheid ans Bundesgericht weiterziehen wird, ist noch nicht entschieden.

17. Oktober

Ein Extrembeispiel, was bei den EWZ-Tarifen geschehen kann. Zum Glück gilt dies nicht für die Privatkund*innen, sondern nur für Grossbezüger*innen, die sich schon bisher auf dem Strommarkt eingedeckt haben. Unsere Beispielfirma bezahlte bisher 61 Franken pro Megawatt Strom. Neu soll diese Firma ab 2023 pro Megawatt 310 Franken bezahlen, also gut fünfmal mehr als bisher. Das sind die Tücken des freien Marktes. Die Stadt Zürich produziert den Strom für ihre Privatkund*innen in den eigenen, amortisierten Wasserkraftwerken, es gibt also keinen Grund für massive Erhöhungen.

18. August

Die Krise in der Volksschule zeigt sich unübersehbar. 330 Lehrkräfte ohne Diplom müssen mithelfen, die Lücken beim Lehrpersonal zu stopfen. Für die Volksschuldirektion ist das eine frohe Botschaft, für den Lehrer*innen-Verband eine zwiespältige Nachricht. Natürlich hat es mehr Schüler*innen, aber das wusste man seit Jahren. Dafür gibt es ja Geburtenstatistiken! Beim eigentlichen Problem, bei der Situation der Lehrkräfte wurde, einmal mehr nicht angesetzt.

20. August

Nun hat also die Kantonspolizei die 50-stündige Sperrung der Hardbrücke im Rahmen eines Volksanlasses anlässlich des 50-jährigen «Jubiläums» Bestehens eben dieser Hardbrücke abgelehnt. Die Veranstalter*innen sind frustriert, die Animositäten Stadt-Land zeigen sich einmal mehr.

23. August.

Als Antwort auf eine Abstimmung im Kantonsrat, wo man den Gemeinden ein Vorkaufsrecht bei einer Veräusserung einer Immobilie durch den Kanton abgesprochen hat, plant nun eine Linke Ratsminderheit eine entsprechende kantonale Volksinitiative.

Verkehrte Welt 1: Angesichts der sich abzeichnenden Energiekrise, die nicht etwa dem russischen Krieg geschuldet ist, sondern dem immer wieder glorifizierten «freien Markt», fordern nun die rechten Parteien SVP und FDP vom grünen Baudirektor Sofortmassnahmen. Die SVP spricht schon davon, das eben beschlossene Verbot vom zukünftigen Einbau von Ölheizungen, zu sistieren.

Die SP hat einen Kranz von Vorstössen zur Besserstellung der Lehrpersonen eingereicht. So soll es insbesondere pro Unterrichtsstunde mehr bezahlte Arbeitszeit geben. Das und andere Massnahmen kosten natürlich. Deshalb die Reaktion eines FDP-Bildungspolitikers: «Mehr Geld ins System zu pumpen, ist nur Symptombekämpfung und eine Kapitulation vor der Schulbürokratie.» Was für eine Leistung eines Logikers!

24. August

Verkehrte Welt 2: Bisher hat der Regierungsrat immer versucht, die Pläne für eine Einführung von Tempo 30 auf den Strassen der Stadt Zürich zu verhindern. Jetzt rügt die freisinnige Volkswirtschaftsdirektorin in einem Rekursentscheid die Stadt dafür, dass sie beim Einführen von Tempo 30-Strassen zu zögerlich vorgehe.

Wie man eine verbindliche Vorgabe des Bundes nicht einhalten muss, zeigt uns eben diese freisinnige Volkswirtschaftsdirektorin. Die Vorgabe des Bundes besteht darin, dass freie Stellen zuerst den kantonalen Behörden gemeldet werden müssen. Diese freien Stellen sind dann während fünf Tagen nur gemeldeten Arbeitslosen zugänglich. Es ist dies eine Massnahme, die die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative der SVP garantieren soll. Bei Arbeitsbedingungen wie sie beispielsweise in der Landwirtschaft herrsche (55-Stunden-Woche bei 3'300 Franken pro Monat) geht man davon aus, dass sich kein/e Inländer*in melden wird, deshalb wird das Inländervorrecht mit einem Trick umgangen. Wirklich gesetztestreu, unser kantonales Arbeitsamt.

26. August

Der Gemeinderat hat ohne grosse Diskussion einen Kredit von 573 Millionen Franken durchgewinkt. Nur die SVP war dagegen. Mit dem Geld sollen sechs Energieverbände in den Quartieren Albisrieden, Altstetten, Aussersihl, City, Enge und Höngg errichtet werden. Der Kredit kommt noch vor das Volk

Völlig uneigennützig bezahlt die Grossbank UBS dem Polytechnikum (ETH) 40 Millionen Franken. 20 Millionen sind für einen Neubau auf dem Hönggerberg vorgesehen, weitere 20 Millionen sollen «Unternehmertum und Innovation in der Schweiz» fördern.

Kita-Plätze ohne Subventionen, also von gut bis sehr gut verdienenden Eltern, kosten in Etwa 25'000 Franken pro Jahr. Genau dieser Betrag soll ab 2023 pro Kind bei der Steuererklärung abgesetzt werden können. Damit ist der Abzug bei Staats- und Gemeindesteuer gleich hoch wie bei der Bundessteuer. Massiv bevorteilt werden Gutverdiener*innen!

27. August

In Winterthur steigen die Strompreise um ungefähr einen Drittel. Für eine Durchschnittsfamilie, die pro Jahr etwa 4'500 Kilowattstunden benötigt, heisst dies, dass sie Neu etwa 1'270 Franken pro Jahr zu berappen hat. Die rund 300 Franken Mehrkosten landen im Rachen eines Stromlieferanten, und dies, dank den Segnungen des «freien Marktes».

31. August

In der der Stadt Zürich sank die Leerwohnungsziffer von 0,17 Prozent per 1.1.2021 auf 0,07 Prozent per 1.1.2022. Das heisst, es standen 161 zur Verfügung. Nicht erhoben wird die verlangte Miete. Wetten, dass diese leer stehenden Wohnungen nicht für den Normalbürger geeignet sind, da oft Mondpreise verlangt werden. Im Kanton Zürich sank die Leerwohnungsziffer im gleichen Zeitraum von 0,7 Prozent auf 0,6 Prozent.

Der Kampf um die sich noch in gutem Zustand befindenden Wohnungen im Brunaupark geht weiter. Unterdessen hat die zuständige Bausektion des Zürcher Stadtrates ein verbessertes Projekt der CSPensionskasse genehmigt und als «lärmoptimiert» bezeichnet. Man kann davon ausgehen, dass diese Baubewilligung wiederum angefochten wird.